



Frau
Anja Sames-Postel
- Stadtverordnetenvorsteherin -
Ludwigstr. 31
35415 Pohlheim

Pohlheim, 23.05.2018

Antrag CDU/FW:
„Abschaffung von Beiträgen zur Straßensanierung“; Drucksache A-226/2016-2021

Sehr geehrte Frau Sames-Postel,

die SPD-Fraktion stellt zur Beratung und Abstimmung

Konkurrierender Hauptantrag der SPD-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Pohlheim möge beschließen:

- 1. Die Straßenbeitragssatzung der Stadt Pohlheim wird rückwirkend zum 01.01.2018 ersatzlos aufgehoben.**
- 2. Die angelaufenen Vorbereitungen für die geplante Einführung "Wiederkehrender Straßenbeiträge" sind daher ausschließlich auf die Erstellung eines Straßenzustandskatasters zu fokussieren.**
- 3. Zur Gegenfinanzierung der wegfallenden Beiträge sind für das Jahr 2018 in erforderlicher Höhe die Zuschüsse des Landes Hessen von ca. 4, 2 Mio € zu verwenden, die unter der Rubrik "Hessenkasse" von der Stadt Pohlheim anzufordern sind. **Sofern dies aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht möglich ist, sind zum Ausgleich der wegfallenden Beträge die liquiden Mittel der Stadt Pohlheim heranzuziehen.****
- 4. Der Magistrat wird gebeten, sich auf Landesebene dafür einzusetzen, dass den hessischen Kommunen ab dem Jahr 2019 entsprechend den Vorschlägen der hessischen Landes-SPD mindestens 60 Mio € pro Jahr für Zwecke der "Grundhaften Straßensanierung" zur Verfügung gestellt werden.**

Begründung:

Die Abschaffung der Anliegerbeiträge bei grundhaften Straßensanierungen ist seit längerer Zeit zu Recht in der Diskussion und daher inzwischen sogar ein Thema bei der hessischen Landesregierung.



- 2 -

Die Gemeindestraßen gehören unzweifelhaft zur allgemeinen Daseinsvorsorge, da die Nutzung auch dieser Straßen durch die Allgemeinheit erfolgt und sich nicht auf die jeweiligen Grundstückseigentümer beschränkt.

Die Kosten der grundhaften Sanierung sind daher wie auch bei Landes- und Bundesstraßen aus allgemeinen Mitteln zu finanzieren.

Das Land Hessen ist aufgefordert, seinen Kommunen ausreichende Landesmittel in geeigneter Form und Höhe zur Verfügung zu stellen.

Selbst die CSU-Landesregierung in Bayern will diesen Weg noch vor der Landtagswahl in Bayern zugunsten der bayerischen Kommunen beschreiten.

Weitere Begründung erfolgt bei Bedarf mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Sabine Scheele-Brenne

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende